



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 29. Januar 2025

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0070

Teilhabe von Geduldeten und Gestatteten

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.08.2024 -
- Beschluss Nr. 0086 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.09.2024 -

Geduldete, also Personen, die sich im aufenthaltsrechtlichen Status einer Duldung befinden und Personen, die im Besitz einer sog. Gestattung sind, genießen (noch) kein festes Aufenthaltsrecht in Deutschland. Etwa die Hälfte der in Deutschland lebenden Geduldeten hat zuvor ein Asylverfahren durchlaufen, die andere Hälfte sind Menschen, deren Aufenthaltstitel nicht mehr verlängert wurde (z.B. ausländische Arbeitnehmende oder Studierende) oder Besucher*innen die sich nach Ablauf ihres Visums in Deutschland aufhalten. Obwohl viele Geduldete aus Gründen wie Krankheit, familiären Beziehungen, Erwerbstätigkeit/Ausbildung oder weil mit dem Herkunftsland keine diplomatischen Beziehungen bestehen (z.B. Syrien, Afghanistan) voraussichtlich auch längerfristig im Bundesgebiet verbleiben werden, begrenzt ihr Aufenthaltsstatus ihre Teilhabemöglichkeiten massiv. Ein Forschungsteam bestehend aus Wissenschaftler*innen der Hochschule Fulda, der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie der Hochschule Düsseldorf hat im Rahmen eines dreijährigen Kooperationsprojektes die Teilhabechancen von jungen Geduldeten in drei Bundesländern, darunter Hessen, erforscht. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Geduldete in multipler Prekarität, Isolation und Armut leben und der Umgang mit dieser Gruppe sowohl in staatlichen als auch staatlich finanzierten Institutionen viele Ressourcen bindet. Die Autor*innen kommen zu dem Schluss, dass Geduldete, z.T. trotz jahrelangem (Vor-) Aufenthalt in Deutschland, selten Zielgruppe integrationspolitischer Maßnahmen sind. Das Forschungsteam sieht vor allem die Kommunen am Zug, diese Personen durch Einrichtung von Rechts- und Sozialberatung, Clearingstellen und Runden Tischen dabei zu unterstützen, ihre Teilhabechancen zu verbessern und Hürden, etwa bei der Integration in den Arbeitsmarkt, abzubauen.

Gestattete befinden sich für die Dauer Ihres Asylverfahrens in einem vergleichbaren aufenthaltsrechtlichen Schwebestadium und sind ebenfalls von staatlichen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration oder Qualifizierung ausgenommen. In Hessen dauerte das Asylverfahren im vergangenen Jahr im Schnitt 31,5 Monate. In dieser Zeit haben Gestattete nur erschwerten Zugang zum Arbeitsmarkt, Sprachkursen, weiterführenden Bildungsangeboten oder Beratungsstrukturen. Der vorübergehende Aufenthaltsstatus erschwert zudem häufig die Anmietung von Wohnungen, Fortführung bereits begonnener Qualifikationsmaßnahmen und erschwert damit die Integration.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie wolle beschließen:

*Eine*n Vertreter*in des Forschungsprojektes "Teilhabe trotz Duldung?! Kommunale Gestaltungsräume für geduldete Jugendliche und junge Erwachsene" in den Ausschuss am 11.*

September 2024 einzuladen, um zu den Teilhabechancen- und Hürden von Geduldeten in Hessen zu referieren.

Beschluss Nr. 0086 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 11.09.2024

Der Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.08.2024 wird in der folgenden Fassung angenommen:

Ein*e Vertreter*in des Forschungsprojektes "Teilhabe trotz Duldung?! Kommunale Gestaltungsräume für geduldete Jugendliche und junge Erwachsene" *wird zu einer der nächsten Ausschusssitzungen eingeladen*, um zu den Teilhabechancen- und Hürden von Geduldeten in Hessen zu referieren.

Beschluss Nr. 0003 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 29.01.2025

Der mündliche Bericht von Herrn Prof. Dr. Habil. Ataç (Hochschule Fulda) zum Thema „Förderung junger geduldeter Menschen in Ausbildung und Arbeit“ wird zur Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2025

Sebastian Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2025

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister